

Beste Bildung – reloaded. Herausforderungen meistern. Haltung zeigen.

1 Die Zeit ist reif für Veränderungen. Unsere Gesellschaft verändert sich rasant. Digitalisierung,
2 Automation (Künstliche Intelligenz) und Globalisierung stellen die Gesellschaft und damit
3 auch das Bildungssystem vor enorme Herausforderungen. Besonders das Schulsystem muss
4 sich anpassen und eine radikale Neustrukturierung vornehmen. Die SPD steht für
5 Gerechtigkeit, Teilhabe und Fortschritt und muss sich damit auseinandersetzen, was
6 Bildungsteilhabe in Zusammenhang mit Zuwanderung, demografischem Wandel, steigender
7 Kinderarmut, Geschlechtergerechtigkeit, wachsender Heterogenität und den
8 Herausforderungen der Arbeitswelt 4.0 eigentlich bedeutet. Die Aufgaben der Schule gehen
9 weit über eine reine Wissensvermittlung hinaus und werden immer anspruchsvoller. Dass
10 Schulkollegium der Zukunft wird aus Lehrpersonal und weiteren (pädagogischen)
11 Fachkräften bestehen, die Hand in Hand arbeiten müssen, um unsere Kinder und
12 Jugendlichen auf ihre Zukunft vorzubereiten. In diesem Zusammenhang denken wir das
13 Bildungssystem neu.

14 **Dieser Antrag ist ein erster Zwischenschritt. Er fasst in Stichpunkten zusammen, in**
15 **welchen bildungspolitischen Themen weitgehend Einigkeit über die grundsätzliche**
16 **politische Ausrichtung und nächste konkrete Schritte und Forderungen gibt. Er beschreibt**
17 **aber auch die - wenigen – politischen Grundsatzentscheidungen, die in der**
18 **bildungspolitischen Debatte vor uns liegen. Die unterschiedlichen Einschätzungen und**
19 **Konfliktpunkte, die hier in unserer eigenen Partei vorhanden sind, wollen wir offen**
20 **ansprechen und Diskussionsräume schaffen, in denen wir diese Konflikte auch**
21 **thematizieren und die Argumente, mit Respekt vor den jeweils unterschiedlichen**
22 **Zugängen und Haltungen zum Thema, austauschen. Am Ende steht dann natürlich die**
23 **Entscheidung der Partei auf einem Parteitag. Der Landesvorstand wird deshalb beauftragt**
24 **bis spätestens Sommer 2019 ein Grundsatzpapier zur „Bildung der Zukunft - Zukunft der**
25 **Bildung“ für Nordrhein-Westfalen vorzulegen.**

26 Dabei müssen Antworten auf die zentrale Frage gefunden werden, welche Fähigkeiten und
27 Kompetenzen Kinder und Jugendlichen in der Schule lernen müssen, um bestmöglich auf
28 ihre berufliche Zukunft vorbereitet zu sein? Aber gleichzeitig auch, welche sozialen,
29 emotionalen und politischen Fähigkeiten müssen erlernt werden, um als mündige
30 Bürger*innen die Gesellschaft mitzugestalten. In diesem Zusammenhang müssen soziale-
31 emotionale Kompetenzen auch durch andere Formen des „Unterrichts“ vermittelt werden
32 können, der weit über den „klassischen“ Unterricht hinausgeht. Beispielhaft sollen hier nur
33 Theater- und Chorangebote, Sportangebote, Angebote für soziales Engagement in der
34 Stadt/Stadtteil oder Dorf, sowie Angebote zur politischen Bildung genannt werden. Hier
35 lernen Kinder und Jugendliche sich und ihre individuellen Fähigkeiten nochmal ganz neu
36 kennen und entdecken persönliche Stärken und Schwächen. Auch hier muss Schule fördern.
37 Dies ist von besonderer Bedeutung, wenn Kinder und Jugendliche einen Großteil ihres Tages

38 in der Schule verbringen. Bereits im Jahr 1992 hat der ehemalige Ministerpräsident Johannes
39 Rau, die Bildungskommission NRW unter dem Titel *Zukunft der Bildung- Schule der Zukunft*
40 berufen. Die damaligen sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Umbrüche, die auf
41 einen historischen Einschnitt hindeuteten, haben deutlich gemacht, dass das Bildungssystem
42 sich verändern muss, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Bereits damals
43 wurden die Ausgaben für Aus- und Weiterbildung als Zukunftsinvestitionen beschrieben und
44 Bildung als ein Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung verstanden. Die damaligen Visionen
45 und das neue Verständnis von Schule sind bis heute zeitgemäß. Die Herausforderungen
46 haben sich beispielsweise durch Digitalisierung und den Wandel des Arbeitsmarktes
47 nochmal deutlich verschärft. Daher ist es umso drängender das die NRWSPD sich intensiv
48 mit dem Thema Bildung beschäftigt und neue Konzepte präsentiert, in dem alle Kinder und
49 Jugendlichen bedacht werden. Dies ist die soziale Verantwortung der SPD in NRW. In diesem
50 Zusammenhang hat die NRWSPD zuletzt im August 2007 ihre bildungspolitischen
51 Forderungen in eine gemeinsame Positionierung unter dem Titel „Beste Bildung für alle“
52 zusammengeführt. Während der Regierungszeit war die NRWSPD bei bildungspolitischen
53 Themen kaum mehr erkennbar und hat an Profil verloren, daher wurde nach der
54 Landtagwahl im Mai 2017 durch den Landesvorstand die Arbeitsgruppe „Beste Bildung NRW
55 – ein Leben lang“ eingesetzt. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB),
56 sollten die Fehler der Vergangenheit analysiert und aufgearbeitet werden, um dann den
57 Prozess der Neuausrichtung für die nächsten 2 Jahre zu gestalten.

58 **Beste Bildung NRW – ein Leben lang**

59 Für uns ist Bildungspolitik ein Instrument für mehr Chancengleichheit in unserer
60 Gesellschaft, wir wollen uns mit der wachsenden Ungleichheit in Deutschland nicht
61 abfinden. Damit Bildungspolitik zu einer umfassenden Chancenpolitik wird, muss sie auf
62 allen Ebenen, vor allem vor Ort in den Stadtteilen und Quartieren, noch viel besser mit
63 Jugend-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik verzahnt werden. Freier Zugang zu guter Bildung ist
64 eine Kernforderung der Sozialdemokratie. Wir finden uns nicht damit ab, dass Menschen
65 nach ihrer Herkunft beurteilt werden und wollen, dass jedeR die bestmögliche Bildung
66 erhalten kann. Berufliche und akademische Bildung sind uns gleich wichtig - Bildung muss
67 unabhängig vom eingeschlagenen Weg gebührenfrei sein: von der Kita bis zur Hochschule
68 und zum Meister.

69 Unser Ziel ist klar: Jedes Kind soll entsprechend seiner Talente und Begabungen gefördert
70 werden. Beste Bildung beginnt im frühen Alter und sorgt im Lebenslauf dafür, dass alle
71 Menschen, immer dann, wenn es notwendig ist, eine weitere Chance erhalten. Wir haben
72 ein umfassendes Bildungsverständnis und wollen alle Bildungsinstitutionen von der Kita bis
73 zur Weiterbildung weiter stärken.

74 **Bildungsfinanzierung**

75 Trotz aller Anstrengungen ist das Bildungssystem in NRW weiter unterfinanziert. Die SPD
76 muss einen Plan entwickeln, eine auskömmliche finanzielle Ausstattung sicherzustellen und
77 die Prioritäten im Bildungsbereich nicht nur auf Parteitage, sondern im Regierungshandeln
78 umzusetzen.

79 Gerade weil die Finanzen nicht hinreichend sind, muss zielgenau nach Aufgaben und Bedarf
80 finanziert werden. Durch die Mitfinanzierung aus dem Bundeshaushalt werden sich hier
81 sicher in den kommenden Jahren neue Spielräume auftun. Unser Ziel ist es, das Land
82 Nordrhein-Westfalen wieder ins Mittelfeld des Länderranking bei den Bildungsausgaben
83 zurückzubringen. Dabei bestehen wir auf die konsequente Anwendung des Sozialindex zur
84 zielgenauen Förderung ungleicher Ausgangslagen in den verschiedenen Bildungsregionen.

85 **Frühkindliche Bildung**

86 Die Kindertageseinrichtungen sind der erste Prüfstein für Chancengleichheit und die
87 individuelle Entwicklung von Kindern. Die ersten sechs Jahre innerhalb einer
88 Bildungsbiografie sind entscheidend. Durch möglichst frühzeitige Förderung können
89 mögliche Defizite und damit verbundene Nachteile deutlich verringert werden. Für eine
90 qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung muss diese Ausgabenpyramide umgekehrt
91 werden. Wir wollen auch analysieren, warum sich die ausgleichenden Effekte der
92 Elementarbildung im weiteren Bildungsverlauf scheinbar abschwächen und welche
93 Instrumente sich auf die Primar- und Sekundarstufe übertragen lassen.

94 Der entscheidende Indikator für Qualität im Elementarbereich ist neben der Qualifikation
95 des Personals, eine verbesserte Erzieher*innen-Kind-Relation, die sich an wissenschaftlichen
96 Kriterien orientiert. Die Rahmenbedingungen für Erzieher*innen müssen sich weiter
97 verbessern. Ihre Bezahlung muss widerspiegeln, dass es sich ähnlich wie beim Lehrerberuf,
98 um eine entscheidende pädagogische Tätigkeit handelt. In der Ausbildungsphase muss eine
99 Vergütung der angehenden Erzieher*innen die Regel sein, wie dies heute bereits im Rahmen
100 der Praxisintegrierten Ausbildung (PIA) stattfindet.

101 Noch immer spielen Einkommen und Bildungsstand der Eltern eine entscheidende Rolle in
102 Bezug auf Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg. Diesen Kreislauf gilt es frühzeitig zu
103 durchbrechen. Dafür ist der Ansatz „Ungleiches ungleich zu behandeln“ fortzuführen. Ein
104 gutes Beispiel, wie dies gelingen kann, ist die zusätzliche Förderung von plusKita-
105 Einrichtungen sowie die sozialindexbasierte Verteilung von Mitteln für Familienzentren und
106 Sprachförderung. Die NRWSPD steht zu dem vorbeugenden Ansatz „Kein Kind zurücklassen“
107 und setzt sich für die konsequente landesweite Förderung kommunaler Präventionsketten
108 ein. Dafür ist über alle Bildungsebenen hinweg die Jugendhilfe ein entscheidender Akteur.

109

110 **Außerschulische Bildung**

111 Aus Sicht der SPD wäre es verfehlt, Bildung rein im institutionellen Kontext zu betrachten.
112 Das Recht auf Bildung und Erziehung zielt ebenso auf das kindliche Wohlbefinden und die
113 Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit ab. Dies wird häufig in außerschulischen
114 Lernprozessen vermittelt, die daher mindestens ebenso bedeutend sind wie formale
115 Bildung. Deshalb braucht es neben Kitas, Tagespflege, Familienzentren oder Grundschulen,
116 Orte des non-formalen Lernens im Umfeld. Noch immer sind Teilhabechancen ungleich
117 verteilt. Dies zu überwinden setzt eine enge und kooperative Beziehung von
118 Bildungsinstitutionen, Jugendhilfe sowie offener und verbandlicher Jugendarbeit voraus.

119 Mittelfristig müssen auch Schule und Jugendhilfe viel enger verzahnt werden, als es bisher
120 der Fall ist.

121

122 **Guter Ganzttag**

123 Dem wachsenden Bedarf an qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung, auch um die
124 Vereinbarkeit von Beruf und Familie gerecht zu werden, müssen wir durch den weiteren
125 Ausbau von Kita und Offenen Ganzttagsschulen gerecht werden. Wir definieren den Ganzttag
126 nicht nur als Betreuungsprogramm, sondern als elementaren Bestandteil für beste Bildung.
127 Der gebundene Ganzttag ist ein wichtiges Instrument für Chancengleichheit und individuelle
128 Förderung. Wir wollen dabei die positiven Erfahrungen des „Offenen Ganztags“ für alle
129 Schulformen nutzen und ihn somit fit für die Zukunft machen: neue Formen des
130 verbindlichen Ganztags, bestehend aus Kern- und Wahlzeiten sollen mehr Zeit für eine
131 qualitative Betreuung, mit kreativen und kindgemäßen Angeboten und für rhythmisierte
132 Ganztagsangebote realisieren. Der im Koalitionsvertrag erreichte Rechtsanspruch ab 2025
133 muss deshalb ein Bildungs- und kein Betreuungsanspruch sein! Um diesem qualitativen
134 Anspruch an den Ganzttag gerecht zu werden benötigen wir multiprofessionelle Teams an
135 allen Schulen, die Angebote für die Schüler*innen gestalten. Neben verschiedenen
136 fachlichen Qualifikationen von nicht lehrendem Personal, wird ebenso das Engagement der
137 Lehrkräfte gefordert sein. Darüber hinaus sollen die häufig schon bestehenden
138 Kooperationen mit Vereinen und Verbänden, im Umfeld der Schulen, ausgebaut und
139 verstetigt werden.

140 Ein letzter wichtiger Aspekt sind die Arbeits- und Rahmenbedingungen des nicht lehrenden
141 Personals in den Schulen. Zum einen müssen die Mitarbeiter*innen als vollwertige
142 Teammitglieder im Schulkollegium verstanden werden. Darüber hinaus muss diese wichtige
143 Arbeit fest im Bildungssystem verankert werden. Dazu gehört auch, dass die dauerhafte
144 Refinanzierung zukünftig geklärt werden muss und die Projektfinanzierung aufhört. Klar ist
145 dabei für uns, dass die weiteren Professionen in den Schulteams zusätzlich zu den in
146 benötigten Lehrerinnenstellen eingesetzt werden müssen.

147

148 **Lehrer*innenbesoldung**

149 Gut ausgebildete und qualifizierte Lehr*innen sind der Schlüssel für ein gutes und gerechtes
150 Bildungssystem. Das muss sich auch bei der Bezahlung von Lehrkräften widerspiegeln. Für
151 uns gilt der Grundsatz: gleiche Ausbildung, gleiche Eingangsbedingungen bei der Besoldung
152 und gleiche Arbeitsbedingungen in der Schule. Deshalb fordern wir zusammen mit den
153 Gewerkschaften, die einheitliche Eingangsbesoldung nach A13.

154

155 **Arbeitsplatz Schule**

156 Wir müssen auch die Arbeitszeit der Lehrer*innen unter Berücksichtigung der
157 unterschiedlichen Arbeitsbelastung in den Blick nehmen.

158 Angesichts der Digitalisierung von Schule und der gültigen Datenschutzrichtlinien müssen
159 Lehrer*innen schnell dienstliche Geräte für dienstliche Aufgaben zur Verfügung gestellt
160 bekommen. Man kann nicht laut nach „bring your own device“ schreien und anschließend

161 die Verantwortung der und dem einzelnen übertragen. Dabei ist die der Frage, ob
162 Schulträger oder Land für die Ausstattung verantwortlich sind, für die betroffenen
163 Kolleg*innen ohne Bedeutung.

164

165 Es ist ein Auftrag für alle Schulen, die Schüler*innen auf das Leben und Lernen in einer
166 digitalen Welt vorzubereiten, da die technischen Anforderungen immer komplexer werden.
167 Die Schüler*innen müssen auch im Rahmen der Medienpädagogik zusätzliche Kompetenzen
168 erwerben, um sich mit den Gefahren der digitalen Welt auseinanderzusetzen und z.B. vor
169 Cybermobbing zu schützen.

170

171 **Unterrichtsausfall/Lehrkräftemangel**

172 Lehrer*innenmangel wird in den nächsten zehn Jahren weiterhin Thema auf allen Ebenen
173 bleiben. Maßnahmen, wie die Einstellung von Seiteneinsteiger*innen (mit verbindlichen
174 pädagogischen und fachspezifischen Qualifizierungsmaßnahmen) und die Entlastung der
175 Lehrkräfte und der Schulleitungen durch zusätzliche z.B. Verwaltungsassistenten und
176 andere Fachkräfte, müssen aus unserer Sicht kurzfristig ergriffen werden. Wir brauchen eine
177 massive Steigerung von Studienplätzen. Einen NC für Lehrer*innen lehnen wir ab.

178 **Oberstufenreform- Abitur im eigenen Takt**

179 Schülerinnen und Schüler benötigen Freiräume für ihre persönliche und individuelle
180 Entwicklung, dies muss auch in einem schulischen Kontext gefördert werden. Diese
181 Freiräume benötigen auch einen zeitlichen Rahmen. Durch die Möglichkeit, das Abitur nun
182 wieder in 13 Jahren absolvieren zu können, haben die Schülerinnen und Schüler ein Jahr
183 mehr Zeit für die persönliche Entwicklung, da die Jahrgangsstufe 11 wieder hinzukommt. In
184 diesem Kontext müssen Möglichkeiten für die berufliche Orientierung, soziales Engagement
185 (z. B. freiwilliges soziales Jahr), internationale Vernetzung von Schülerinnen und Schülern (z.
186 B. Schüler-Erasmus), Praktika etc. gefördert werden. Darüber hinaus können Schülerinnen
187 und Schüler dieses Jahr nutzen, um Lerndefizite, die bis zur Klasse 10 entstanden sind,
188 aufzuarbeiten. Auf der anderen Seite müssen aber auch Schülerinnen und Schüler
189 unterstützt werden, die ihr Abitur in acht Jahren absolvieren möchten.

190

191 **Beschulung von zugewanderten Kindern und Jugendlichen**

192 Kinder und Jugendliche, die vor Krieg und Gewalt fliehen mussten oder zugewandert sind,
193 brauchen größtmögliche schulische und sozialpädagogische Unterstützung. Gelingende
194 Integration beginnt mit dem knüpfen von neuen sozialen Kontakten im Zusammenleben und
195 –lernen mit den Mitschüler*innen. Dies erleichtert auch einen schnelleren Spracherwerb
196 (Stichwort „Sprachbad“). Neben täglichem Unterricht in „Deutsch als Zweitsprache“ müssen
197 gemeinsamer Unterricht und Aktivitäten im Klassenverband stehen. Um gut und schnell
198 Anschluss zu finden, sind kleine Klassen und eine ausreichende Anzahl von qualifizierten
199 Lehrer*innen und weiteren pädagogischen Fachkräften notwendig.

200

201

202 **Schulbau**

203 Auch im Bereich der Gebäude und des Schulbaus ist der Handlungsdruck groß: 34 Mrd. Euro
204 beträgt der Investitionsstau an deutschen Schulen nach Angaben des Städtetags aktuell.
205 Marode Schulgebäude, fehlende Klassenräume und Räume für Ganztagsangebote bei
206 steigenden Schüler*innenzahlen, Inklusion, Digitalisierung und neue pädagogische
207 Unterrichtskonzepte begründen den immensen Investitionsbedarf für dringende
208 Sanierungsmaßnahmen, sowie Aus- und Neubauten in vielen Schulen. Bei den Investitionen
209 und Neubauten muss die Verbesserung der Qualität, im Sinne einer zukunftsgerechten
210 Schulinfrastruktur im Fokus stehen. . Gute Schule 2020 ist weiterhin ein richtiger und
211 wichtiger Schritt.

212 **Demokratie vs. Wirtschaft**

213 Die gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen bergen die erhebliche Gefahr, dass die
214 aktive politische Beteiligung junger Menschen in den Hintergrund tritt. Das Erlernen von
215 wirtschaftlichen Kompetenzen ist wichtig, aber dafür darf nicht auf Kosten des
216 Politikunterrichts gehen. 20 Minuten in der Woche sind zu wenig. Stattdessen wollen wir
217 Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft befähigen,
218 ihre Rechte und Pflichten wahrzunehmen und ihre Interessen zu vertreten. Dies ist auch
219 Aufgabe der politischen Bildung in der Schule. Politische Bildung vermittelt Toleranz,
220 solidarisches Miteinander, Erlernen freiheitlich-demokratischer Spielregeln und
221 Selbsterfahrung im politischen Umfeld. Dies muss weit über die von CDU und FDP
222 geforderten Wirtschaftskompetenzen hinausgehen. Wir wollen wieder mehr Demokratie
223 wagen und das gesellschaftspolitische Aufgabenfeld in der Schule stärken.

224 **Berufskollegs**

225 Berufskollegs haben eine grundlegende Bedeutung für das Bildungssystem. Der auch
226 international herausragende Ruf der dualen Ausbildung in Deutschland beruht neben dem
227 Lernort Betrieb insbesondere auf den Leistungen der Berufskollegs. Diese vermitteln
228 berufliche Qualifikationen und integrieren Schüler*innen in Beschäftigungssysteme. Sie sind
229 eigenständige Lernorte, mit der beruflichen Praxis verzahnt und gleichzeitig Orte des
230 gemeinsamen Lernens. Ihre Leistungen müssen in der Öffentlichkeit mehr Anerkennung
231 finden.

232 Ein steigender Anteil von jungen Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung zeugt von
233 gelungenem Bildungsaufstieg vieler Menschen. Dieser Anstieg ist auch ein Erfolg
234 sozialdemokratischer Bildungspolitik. Neben dem Studium ist der Wert dualer Ausbildung zu
235 betonen. Ein Berufsabschluss und solide berufliche Qualifikation ist weiterhin Grundlage für
236 ein gelingendes Leben.

237 Die Berufskollegs sind deshalb kein Anhängsel der Bildungspolitik oder der dualen
238 Ausbildung, sondern ein eigenständiger, gleichberechtigter und selbstbewusster Akteur.
239 Sozialdemokratische Bildungspolitik muss sie fördern, die Politik sie wertschätzen.

240

241 **Hochschule und Wissenschaft**

242 Das Thema „Hochschule und Wissenschaft“ gehört für uns natürlich zum Thema „Beste
243 Bildung NRW – eine Leben lang“ dazu. Es wird eigenständig vom Wissenschaftsforum der
244 NRWSPD bearbeitet. Bis zum kommenden Jahr wollen wir die Ergebnisse unserer Arbeit mit
245 denen des Wissenschaftsforums verzahnen, um sie in den dann gemeinsamen Antrag
246 aufzunehmen.

247 **Aus – und Weiterbildung**

248 Kein Jugendlicher darf von der Schule in die Arbeitslosigkeit geschickt werden. Wir wollen
249 für alle jungen Menschen, die eine Ausbildung beginnen wollen, einen Platz sicherstellen.
250 Unser duales System der beruflichen Bildung bietet Auszubildenden beste Bildungschancen,
251 gute Ausbildungsbedingungen und damit die Chance für die Teilhabe an der Gesellschaft und
252 eine erfolgreiche berufliche Zukunft. Frühzeitige Information über die bestehenden
253 Möglichkeiten müssen an Schulformen angeboten werden.

254 Weiterbildung muss in einer sich beschleunigt wandelnden Gesellschaft zur Grundlage jeder
255 politischen Debatte werden. Wir werden auch hier die Schnittstellen innerhalb der
256 Arbeitsgruppe nutzen, um konkrete Forderungen in diesem Bereich zu erarbeiten.

257

258 **Strittige Themen diskutieren und Entscheidungen vorbereiten**

259 Zu den politischen Grundsatzentscheidungen, die in der bildungspolitischen Debatte vor uns
260 liegen, gehören die Themen Schulstruktur, Umsetzung der schulischen Inklusion, die Frage
261 nach den Zuständigkeiten und der inneren Organisation von Schule. Hier treffen sehr
262 unterschiedlichen Einschätzungen und Erfahrungen unserer Expert*innen in der
263 Arbeitsgruppe Beste Bildung aufeinander und viele der Konfliktpunkte haben sich bereits in
264 den regionalen Bildungskonferenzen bei der Diskussion mit der Parteibasis gezeigt. **Hier
265 wollen wir im ersten Schritt Diskussionsräume schaffen, um diese Konflikte offen zu
266 thematisieren und die Argumente austauschen zu können. Die Entscheidung der Partei
267 und ihrer Gremien kann so für den nächsten Parteitag vorbereitet werden.**

268

269 **Schulstruktur**

270 Die auf dem Hintergrund des Schulkonsenses zunehmende und bundesweit einmalige
271 Zersplitterung der NRW-Schullandschaft wirft die Frage nach der Effektivität des
272 Gesamtsystems auf und die Frage nach landesweit vergleichbaren Bildungschancen. Es stellt
273 sich die Frage ob es „ein“ NRW Schulsystem überhaupt noch gibt. Die erzwungene
274 Fortführung des Schulkonsens schadet den jungen Menschen in unserem Land. Wir müssen
275 uns deshalb mit der Schulstruktur beschäftigen und letztlich entscheiden: setzen wir
276 weiterhin - wie es unserer bisherigen Beschlusslage als Sozialdemokratie entspricht- auf die
277 Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems durch die Gemeinschaftsschule oder begeben
278 wir uns auf den Weg von anderen Bundesländern, wie Bremen und Hamburg, die mit dem 2-

279 Säulen-Modell, also dem Nebeneinander einer integrierten Oberschule und dem
280 Gymnasium, mehr Kindern und Jugendlichen längeres gemeinsames Lernen ermöglichen?

281

282 **Inklusion**

283 Wir stehen grundsätzlich weiterhin zur Inklusion, entsprechend der UN
284 Behindertenrechtskonvention, an Schulen. Die schulische Inklusion muss Aufgabe aller
285 Schulformen sein.

286 Über die konkrete Ausgestaltung an den (verschiedenen) Schulen herrscht allerdings eine
287 große Uneinigkeit:

288 Befürworter*innen der völligen schulischen Inklusion führen an, dass das gemeinsame Leben
289 und Lernen das Verständnis und die Verantwortungsbereitschaft füreinander, das friedliche
290 Zusammenleben innerhalb der Gesellschaft und die Kultur einer demokratischen Teilhabe
291 fördert. Eine demokratische und an den Menschenrechten orientierte Lernkultur bereite
292 junge Menschen auf das Leben in einer zunehmend von Globalisierung und Diversifizierung
293 geprägten Gesellschaft vor.

294 Skeptiker*innen geben zu bedenken, dass das Ziel des Inklusionsgedankens die bestmögliche
295 Förderung aller Schüler*innen sei. Da Kinder und Jugendliche mit sehr unterschiedlichen
296 Voraussetzungen beschult werden und der Elternwille eine entscheidende Größe in unserem
297 Schulsystem sei, müsste zwingend auch der Förderort Förderschule erhalten bleiben.

298 Lehrer*innen benötigen in jedem Fall mehr Unterstützung und Hilfe bei der Umsetzung der
299 schulischen Inklusion und entsprechende fachliche Beratung und Fortbildung. Auch die
300 Eltern brauchen eine gute Beratung über bestehende Fördermöglichkeiten für ihr Kind, um
301 individuell entscheiden zu können, wo ihr Kind optimal gefördert werden kann. Die Schulen
302 müssen dafür sorgen, dass bei Eltern, Lehrer*innen und Schüler*innen durch viel
303 Transparenz und Gesprächsbereitschaft Strukturen entstehen können, in denen auch
304 wirklich alle Kinder von gemeinsamem Unterricht profitieren können.

305 **Wer ist verantwortlich?**

306 Es wird immer wieder von der Verantwortungsgemeinschaft für unsere Schulen geschrieben
307 und geredet. In der Realität führt die unklare Zuständigkeit für die Schulen dazu, dass
308 Verantwortung zwischen Kommunen und dem Land, teilweise auch der
309 Kultusministerkonferenz hin und her geschoben werden.

310 Wir wollen klären, wer in einer Schule mit multiprofessionellen Teams für das lehrende und
311 nicht lehrende Personal verantwortlich ist? Wie und wo organisieren wir die Schulaufsicht?

312 Wir wollen einen „new deal“ zwischen Land und Kommunen über gemeinsame Standards
313 beim Schulbau, in der Frage der Ganztagsangebote und bei der Inklusion. Wollen wir - und
314 wenn ja, wie? - stärken wir die regionalen Bildungsnetzwerke und Kooperationen, um die
315 Zusammenarbeit des Systems Schule mit den vielen Akteur*innen vor Ort sicher zu stellen?

316 Unser Ziel ist es, das man innerhalb von Deutschland umziehen kann, ohne in jedem
317 Bundesland ein völlig neues Schulsystem vorzufinden.